

## Überregionaler Pressespiegel 20.01.2012

Junge Welt | 20.01.2012

### Neonazis haben Probleme mit Mobilisierung

junge Welt dokumentiert Auszüge einer aktuellen Einschätzung des bundesweiten antifaschistischen »Bündnisses Dresden nazifrei!«

Im Moment verdichten sich die Hinweise, daß die Nazis nach ihren Niederlagen in den letzten beiden Jahren Mobilisierungsprobleme haben. Wir erwarten deshalb, daß am 18. Februar deutlich weniger Nazis nach Dresden kommen als in den letzten Jahren. Damit erhöhen sich unsere Chancen, den Naziaufmarsch ein drittes Mal zu blockieren und endgültig schachmatt zu setzen. Allerdings beobachten wir auch, daß sich ihrerseits mehr Aktivitäten auf den 13. Februar konzentrieren. Klar ist, mit ihrer Doppelstrategie wollen die Nazis erreichen, wenigstens an einem Tag relativ ungestört marschieren zu können.

Für uns steht fest, wir werden uns an beiden Tagen entschlossen den Nazis in den Weg stellen: Am 13. Februar rufen wir zum Mahngang »Täterspuren« auf, der den Mythos der unschuldigen Kulturstadt Dresden in Frage stellt. Danach werden wir unseren Protest aktiv auf die Straßen tragen, auf denen die Nazis marschieren wollen. Wir hoffen, daß ihr also auch am 13. Februar nach Dresden kommt. Auch wenn ein Großaufmarsch immer unwahrscheinlicher scheint, werden wir für den 18. Februar weiterhin zu Massenblockaden mobilisieren. Für uns ist klar, daß wir jeden Aufmarsch verhindern wollen, egal, ob 6000 oder 600 Nazis versuchen durch Dresden zu marschieren. Wir werden mit unserem massenhaften zivilen Ungehorsam ein deutliches Zeichen setzen, gegen das nazistische Verdrehen der Geschichte, aber auch gegen das Einschränken der Bürgerrechte in der sogenannten sächsischen Demokratie. No pasarán!

[www.dresden-nazifrei.com](http://www.dresden-nazifrei.com)

<http://www.jungewelt.de/2012/01-20/047.php>

---

Junge Welt | 20.01.2012 | Markus Bernhardt

### Bürgerkriegsszenario

Dresdens neuer Polizeipräsident entpuppt sich als echter Hardliner. Einsatz von Wasserwerfern und Räumpanzern gegen Teilnehmer antifaschistischer Blockaden angekündigt

Kurz vor den Aufmärschen, mittels derer Neofaschisten aller Couleur im Februar die Bombardierung Dresdens durch die Alliierten 1945 zu einem gegen die Zivilbevölkerung gerichteten »Bombenholocaust« umdeuten wollen, mehren sich Angriffe auf Antifaschisten, die die Rechten mit Massenblockaden stoppen wollen. So behauptete etwa Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU), daß »Blockaden rechtswidrig sind« und »Gewaltexzesse« der Neonazigegner im vergangenen Jahr »das Problem« gewesen seien. Angesprochen auf die Handyüberwachung und Bürodurchsuchungen, kündigte Ulbig in der Sächsischen Zeitung von Donnerstag an, daß die Polizei auch bei den Protesten in diesem Jahr nicht auf die »notwendigen Mittel verzichten« werde.

Obwohl die massive Handyüberwachung von Politikern, Datenschützern und Bürgerrechtlern scharf kritisiert wurde und die polizeiliche Erstürmung der Büroräume im Dresdner »Haus der Begegnung« im Februar 2011 in einem ersten Gerichtsurteil als rechtswidrig eingestuft wurde, will die von CDU und FDP geführte Landesregierung ihren Weg der Einschüchterung und Kriminalisierung offenbar weiter fortsetzen. Gleiches gilt für Dresdens Polizeipräsident Dieter Kroll. Der kündigte am Donnerstag gegenüber den Dresdner Neueste Nachrichten an, weiterhin auf die Speicherung von Handydaten zu setzen. Falls nötig, soll die strittige Funkzellenabfrage auch bei den Demonstrationen im kommenden Monat genutzt werden, um später über Daten von mutmaßlichen Gewalttätern verfügen zu können, erklärte Kroll. Außerdem kündigte der Polizeipräsident an, nicht nur »einfache körperliche Gewalt« gegen Blockierer einzusetzen, sondern auch Wasserwerfer, Räumpanzer und andere »Hilfsmittel«.

Sachsens Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann wertete vor kurzem die Funkzellenabfrage als »im Ergebnis bescheiden« und die Durchsuchung der Wohnung und Arbeitsräume des Jenaer Jugendpfarrers König (jW berichtete) als »nicht professionell«. Polizeipräsident Kroll dagegen, der das erste Mal für den Großeinsatz im Februar zuständig ist, will sich offenbar als Hardliner ins Gespräch bringen. Sein Vorgänger Dieter Hanitsch hatte seinen Posten aufgrund der Handydatenaffäre verloren.

Auf Ablehnung stoßen die von Kroll geäußerten Gewaltphantasien indes bei Rico Gebhardt, dem innenpolitischen Sprecher der Linksfraktion im Sächsischen Landtag. Schon alleine die Wortwahl trage nicht zur Deeskalation bei. »Wenn der Polizeipräsident der Meinung ist, er müsse seine Polizeitruppen in eine Schlacht führen, dann tun mir die einzelnen Polizisten leid«, so Gebhardt am Donnerstag gegenüber junge Welt.

Harsche Kritik an den politischen Entscheidungsträgern übt indes die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA). Die mitgliederstärkste antifaschistische Organisation der BRD wirft in einem offenen Brief Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich sowie dem sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich und dessen Innenminister Markus Ulbig (alle CDU) vor, sie hätten »in den vergangenen Jahren keinen Grund gesehen, den europaweit größten Naziaufmarsch durch Dresden zu verbieten«. Hingegen sei »der antifaschistische Protest schon im Vorfeld als illegitim diffamiert und zunehmend kriminalisiert« worden. Die VVN-BdA macht sich in dem Schreiben erneut für ein Verbot faschistischer Gruppierungen, Parteien und Aufmärsche stark.

<http://www.jungewelt.de/2012/01-20/046.php>

---

Neues Deutschland | 20.01.2012 | Hendrik Lasch

### Vorsichtiges Aufatmen in Dresden

Keine ernsthafte Mobilisierung der Nazis für Aufmarsch am 18. Februar

Der zeitweilig europaweit größte Aufmarsch der rechten Szene, den diese regelmäßig am Wochenende nach dem 13. Februar, dem Jahrestag der Zerstörung Dresdens, dort durchführte, könnte jetzt erstmals ausfallen. Szenebeobachter kommen derzeit zu dem überraschenden Schluss: Es gebe »keine ernst zu nehmende Nazimobilisierung« für den 18. Februar. Das Dresdner Antifa-Rechercheteam im Blog »venceremos« stellte fest, der einzige seriöse Aufruf sei aus dem Netz genommen worden; zudem würden andere

Veranstaltungen an dem Tag beworben. Anmeldungen würden nur aufrecht erhalten, um Proteste »ins Leere laufen zu lassen«. Lakonischer Kommentar: »Ein Nazi-Großaufmarsch weniger!«

Gänzlich abgesagt sind die Aktionen am 18. Februar noch nicht, sagen andere Beobachter. Die Nazis »lassen sich das Datum offen«, sagt Danilo Starosta vom »Kulturbüro Sachsen« - und zwar abhängig davon, wie eine Demonstration abläuft, die für den 13. Februar geplant ist. Diese steht für die Szene nach übereinstimmenden Einschätzungen im Fokus. Auch die NPD soll nach anfänglicher Zurückhaltung den Aufmarsch jetzt unterstützen.

Das Bündnis »Dresden nazifrei!«, das 2010 und 2011 zu Massenblockaden aufgerufen hatte und für den 18. Februar erneut bundesweit mobilisiert, will sich in den nächsten Tagen über eine mögliche Reaktion verständigen, sagte Sprecher Stefan Thiele. Das Bündnis teilt die Einschätzung, wonach für den 18. Februar mit deutlich weniger Nazis zu rechnen ist. Nach jetzigem Stand würden aber weiterhin Massenblockaden vorbereitet. »Wir wollen jeden Aufmarsch verhindern«, heißt es auf nd-Anfrage, »egal ob 6000 oder 600 Nazis versuchen, durch Dresden zu marschieren.« Ebenfalls unklar ist, ob es am 13. Februar zu größeren Protesten gegen den Naziaufmarsch kommt. Für diesen Tag hat die Stadt wie in den vergangenen Jahren zu einer Menschenkette aufgerufen. Eine Demonstration, die erstmals von einer »Arbeitsgruppe 13. Februar« vorbereitet wird und in Hör- und Sichtweite zu den Nazis geplant ist, soll erst am 18. stattfinden.

Beim »Nazifrei«-Bündnis sieht man die Hauptverantwortung für Proteste an diesem Tag bei den Dresdnern. Eigenes Ziel sei gewesen, den europaweit größten Aufmarsch mit bis zu 7000 Teilnehmern »zu knacken«, sagt Thiele. Dem sei das überregionale Bündnis dank erheblicher Anstrengungen offenbar nahe. Wirksame Aktionen am 13. Februar müssten indes in Dresden organisiert werden: »Das kann man hier allein.«

Dagegen warnt Starosta vor einer »Fehleinschätzung«: Auch die Naziaktionen am 13. Februar seien »ein bundesweites Thema«. Er beobachtet ein »taktisches Dilemma« bei der Mobilisierung zu Protesten, hält es aber für richtig, am 18. Februar festzuhalten, um einen »Schlusspunkt« unter die Nazi-Großaufmärsche zu setzen.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/216116.vorsichtiges-aufatmen-in-dresden.html>

---

OTZ.de | 20.01.2012 | Frank Döbert

### Stadtjugendpfarrer König bei Neujahrsempfang in Dresden

Stadtjugendpfarrer Lothar König war am Mittwoch Gast beim Neujahrsempfang des sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich. Der Runde Tisch für Demokratie Jena seinerseits lud die Präsidenten des Landeskriminalamtes und des Verfassungsschutzes wieder aus.

Jena. "Junge Kunst in Sachsen". So lautete das Motto des Neujahrsempfanges in Dresden, zu dem der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen Stanilaw Tillich und seine Frau Veronika Tillich am Mittwoch in das Festspielhaus Hellerau eingeladen hatten. Zu der wie üblich in feines Tuch und Zwirn gehüllten Gästeschar gesellte sich ein Gast, der dort sicherlich von manchem nicht erwartet worden war: Stadtjugendpfarrer Lothar König aus Jena, gegen den die sächsische Justiz Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben hat.

Der Überraschungsgast aus Jena erregte einige Aufmerksamkeit in den Gesprächsrunden. Aber es sei auch kein Schaulaufen gewesen, dem er sich unterziehen musste. "Die haben es alle gelassen genommen, dass ich mit ihnen Sekt getrunken habe",

sagte König.

Der Einladung, die auf eine Abgeordnete der Landtagsfraktion der Linken zurück ging, sei er vor allem gefolgt, weil er sich habe vergewissern wollen, ob der im Herbst letzten Jahres in Jena konfiszierte Bus der Jungen Gemeinde Stadtmitte in Dresden auch gut gepflegt werde. "Das war ein ordentliches Garagenfahrzeug, das wir auch wiederhaben wollen."

Die SPD-Landtagsfraktion hatte im übrigen veranlasst, dass Lothar Königs Tochter Katharina ebenfalls auf die Einladungsliste gesetzt wurde. Deren Fraktionschefin sah die Tatsache, dass man sich dem Gast aus Jena gegenüber tolerant gezeigt habe, als ein hoffnungsvolles Anzeichen für eine Wende in der Gesprächskultur in Dresden: "Gäste, die politisch einer anderen Meinung sind als die CDU, sind willkommen in Dresden."

Unterdessen läuft in Jena, koordiniert vom Runden Tisch für Demokratie, unter dem Motto "Block Dresden 2012" die Mobilisierung für die Teilnahme der Jenaer an den Aktionen in Dresden gegen die am 13. und 18. Februar geplanten Neonazi-Aufmärsche. Im Vorfeld sollte es dazu eine Podiumsdiskussion zum Thema "Rechtsextremismus in Jena" am 2. Februar im Volksbad geben. Die Vorbereitung lief seit November in Regie einer aus dem Runden Tisch gebildeten Gruppe, der KoKont, das Aktionsnetzwerk gegen Rechts und die evangelische Kirchgemeinde angehörten. Eine Einladung für das Podium wurde im Vorfeld auch an Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht ausgesprochen. Sie delegierte, da sie an diesem Tag dienstlich verhindert ist, die Präsidenten des Landeskriminalamtes Werner Jakstat und den Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz Thomas Sippel. Beide hatten bereits zum Termin zugesagt. Auf der Sitzung des Runden Tisches am Montag jedoch wurde nach kontroverser Debatte der Beschluss gefasst, die Veranstaltung eben wegen der Teilnahme beider Präsidenten abzusagen.

Die Absage wurde am Dienstag beiden Präsidenten per Fax zugestellt. Im Landesamt bedauerte man auf Nachfrage die Entscheidung. Das Aktionsnetzwerk Jena habe bei der kürzlichen symbolischen Blockade des Erfurter Amtes ja gerade den Dialog gefordert. Jetzt stelle man sich dem Gespräch mit dem Ergebnis wieder ausgeladen zu werden.

<http://www.otz.de/startseite/detail/-/specific/Stadtjugendpfarrer-Koenig-bei-Neujahrsempfang-in-Dresden-349325814>

---

Lausitzer Rundschau | 20.01.2012

[Linke-Politiker soll 3000 Euro wegen Neonazi-Protest zahlen](#)

Dresden Der sächsische Linke-Fraktionschef André Hahn soll wegen seiner Teilnahme an der Blockade eines Neonazi-Aufmarschs 3000 Euro Geldstrafe zahlen. Ein entsprechender Strafbefehl des Amtsgerichtes Dresden sei Hahn über seinen Anwalt zugestellt worden, teilte die Linksfraktion im Landtag mit.

Hahn habe Einspruch eingelegt. Hahn wird vorgeworfen, Anfang 2010 einen Neonazi-Aufmarsch in Dresden „vereitelt“ zu haben. Die Dresdner Staatsanwaltschaft sieht in Hahn einen Rädelsführer der damaligen Proteste gegen die Rechtsextremen. Hahn bestreitet die Vorwürfe. So sei er zum Zeitpunkt der Blockade nicht mehr am Ort des Geschehens gewesen, sondern bei einer Menschenkette auf der anderen Seite der Elbe.

Unterdessen kritisierte Sachsens Linke-Chef Rico Gebhardt den Dresdner Polizeipräsidenten Dieter Kroll für seine Äußerungen zum Umgang mit Neonazi-Blockierern. Indem der Polizeichef für den kommenden Protest im Februar den Einsatz von Wasserwerfern und Räumpanzern androhe, nutze er eine unnötig martialische Wortwahl, sagte Gebhardt. Das Gebot der Stunde sei Deeskalation. dpa/eb

<http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/Linke-Politiker-soll-3000-Euro-wegen-Neonazi-Protest-zahlen;art1047,3650619>

---

## Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 19.01.2012

Freie Presse | 19.01.2012

### Dresdner Polizei kündigt hartes Vorgehen gegen Neonazi-Blockierer an

Polizeipräsident will auch Räumpanzer nutzen - Kritik aus der Opposition

Dresden (dapd-lsc). Dresdens Polizei will die geplante Blockade von Neonazi-Aufmärschen im Februar mit allen Mitteln unterbinden. Polizeipräsident Dieter Kroll kündigte am Donnerstag ein hartes Durchgreifen gegen Blockierer an - und erntete dafür scharfe Kritik. Ob aber tatsächlich Tausende Rechtsextreme Mitte Februar in die Landeshauptstadt kommen werden, ist noch unklar. Nach Angaben von Neonazi-Gegnern gibt es bislang keine konkreten Vorbereitungen im rechten Lager.

Kroll sagte den "Dresdner Neuesten Nachrichten", wenn Blockierer versuchen sollten, das Versammlungsrecht anderer Personen einzuschränken, werde der gesamte "Instrumentenkasten" der Polizei genutzt. Dazu zählten nicht nur "einfache körperliche Gewalt", sondern notfalls auch der Einsatz von Wasserwerfern und Räumpanzern.

Eine erneute Anwendung der umstrittenen Handydatenabfrage schließt der Polizeipräsident zudem nicht aus. Sachlich sei dieses Instrument im vergangenen Jahr "vielleicht die zweitbeste Idee" gewesen, "aber rechtlich war sie sauber", erklärte Kroll. Zudem hätten einige Fälle von schwerem Landfriedensbruch aufgeklärt werden können. "Vermummte Steinewerfer sind mithilfe der Erkenntnisse aus der Funkzellenabfrage identifiziert worden." Wenn es sein müsse, werde die Handyüberwachung auch in diesem Februar zur Aufklärung von Straftaten angewandt.

Vertreter von SPD, Grünen und Linken kritisierten den Polizeipräsidenten für seine Äußerungen scharf. Indem Kroll Wasserwerfer und Räumpanzer androhe, nutze er eine unnötig martialische Wortwahl, sagte Linke-Chef Rico Gebhardt. Dies trage nicht zur Deeskalation bei, da sich nun "bestimmte Gruppe herausgefordert" fühlten.

Nach Einschätzung des rechtspolitischen Sprechers der Grünen, Johannes Lichdi, will die Polizei "friedliche Platzbesetzungen mit martialischer Gewalt" räumen. Die Ankündigung, erneut von der Handydatenabfrage Gebrauch zu machen, sei zudem "ein gezielter Einschüchterungsversuch" gegenüber Bürgern, die sich friedlich den Neonazis entgegenstellen wollten. Die Vorsitzende der Dresdner SPD, Sabine Friedel, warf Kroll vor, "bürgerkriegsähnliche Zustände" herauf zu beschwören.

Als Anlass für die Aufmärsche dienen den Rechten die alliierten Luftangriffe am 13. Februar 1945, bei denen Dresden stark zerstört wurde. Seit Jahren versuchen Rechtsextreme, die Trauer um die Toten für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. Im vergangenen Februar war es zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Linksextremen, Polizei und Neonazis gekommen. Um die Gewalttäter zu ermitteln, sammelte die Polizei massenhaft Handydaten und sorgte damit in ganz Deutschland für Aufsehen.

Eine personelle Ausweitung des Polizeieinsatzes wird es in diesem Februar nicht geben. "Noch mehr Polizeikräfte einzusetzen geht nicht, da uns bereits im Vorjahr fast alle Bundesländer mit jedem verfügbaren Beamten unterstützt haben", sagte Innenminister Markus Ulbig (CDU) der "Sächsischen Zeitung". Damals versuchten mehr als 6.000 Beamte die verschiedensten Demonstrationen und Proteste abzusichern. In diesem Jahr sollen wieder ähnlich viele Polizisten zum Einsatz kommen. "Es stehen einfach nicht mehr Polizisten zur Verfügung", sagte Ulbig.

Ob solch ein Großeinsatz überhaupt nötig sein wird, ist noch unklar. Zwar plant eine parteiübergreifende Arbeitsgemeinschaft für den 18. Februar einen Gegenprotest mit 10.000 Menschen, und auch das Blockade-Bündnis ruft deutschlandweit dazu auf, nach Dresden zu kommen. Nach Einschätzung des "Antifaschistischen Rechercheteams Dresden" wird es nach derzeitigem Kenntnisstand aber keinen rechten Großaufmarsch geben. Bislang bestünden keine ernst zu nehmenden Pläne und die angemeldeten Veranstaltungen würden Anfang Februar wieder zurückgenommen, heißt es in einer Stellungnahme. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Dresdner-Polizei-kuendigt-hartes-Vorgehen-gegen-Neonazi-Blockierer-an-artikel7881186.php>

---